

Was sich die Demokratie erzählt.

Wenn ein Unternehmen verunglückt, dann kommt es wohl vor, daß sich die Theilnehmer unter einander die Schuld des Mißlingens zuschieben und bei den gegenseitigen Anklagen die Schwächen der gemeinsamen Sache, welche sie bis dahin vorsichtig verbargen, offen aufdecken.

So geht es jetzt in der Fortschrittspartei in Folge des sogenannten Abgeordnetentages in Frankfurt; derselbe hat einen so kläglichen Verlauf genommen, daß die bisherigen Parteigenossen jetzt auf einander losfahren, um sich gegenseitig für das Mißlingen verantwortlich zu machen.

In der Leidenschaft des häuslichen Streites kommt denn manches Geständniß in die Oeffentlichkeit, durch welches offenbar wird, wie die Fortschrittsleute selbst im Grunde ihres Herzens über die Lage und die Hoffnungen ihrer Partei denken.

Der Zwiespalt ist darüber entstanden, daß eine Versammlung demokratischer Abgeordneter in Berlin beschloß, nicht zum Abgeordnetentag zu gehen. Der Berliner Korrespondent einer demokratischen Zeitung am Rhein (Elberfelder Zeitung) meldete dies mit ausführlicher Angabe der Gründe.

»Wir sind der feierlichen Proteste nun nachgerade satt geworden, sagte er, und etwas Anderes darf man von der Frankfurter Versammlung nicht erwarten.«

»In dem liberalen Preußen haben sich in Bezug auf Schleswig-Holstein seit dem Frankfurter Abgeordnetentag von 1863 die Verhältnisse positiv geändert.«

»Eine Begeisterung für den vermeintlich »rechtmäßigen Herzog Friedrich« giebt es in Preußen nicht mehr.

»Ich glaube, sagte der Korrespondent, es giebt im Abgeordnetenhaus nur wenige Mitglieder, die noch heute einem derartigen Beschluß (wie der damalige) ihre Stimme geben würden.«

Diese Abfertigung von Seiten früherer eifriger Verteidiger des Abgeordnetentages und der Augustenburger Partei war allerdings sehr empfindlich. Die »Elberfelder Zeitung« selber nahm den Fehdehandschuh mit großem Eifer auf. Sie rächte den Frankfurter Ausschuß, indem sie sich ihrerseits schonungslos über das Verhalten des preussischen Abgeordnetenhauses äußerte.

Die Zeitung verlangte zu wissen, wer denn »die Inhaber negativer Tapferkeit und Weisheit« seien, die jenen Beschluß gefaßt.

»Auf keinen Fall, sagte sie, waren es die Führer der liberalen Partei; denn es giebt keine solche Führer.«

»Trägheit und Feigheit mögen freilich gar sehr empfehlen, sich dem so bequemen Berliner Beschluß anzuschließen.

»Was geschehen würde, wenn Preußen in Frankfurt schwach oder gar nicht vertreten wäre, kann man leicht voraussehen. Die öffentliche Meinung in Europa würde sich vollends an die Vorstellung gewöhnen, daß Preußens politischer Repräsentant nach außen Niemand sonst als Herr von Bismarck ist.«

»Die schon eingeleitete Abdankung der preussischen Liberalen von aller Betheiligung, ja allem Sinn und Verstandniß für die auswärtige Politik würde als vollzogen und damit zugleich ihre Unfähigkeit auch für einen ihnen selbst entspringenden Erfolg im Innern als besiegelt gelten.«

»Die Nation ist nicht listern nach neuen Weisen von Schwäche, Unfähigkeit und Verfahrtheit, sondern nach Zeichen von Ermannung.«

Nicht glimpflicher wurden die preussischen Abgeordneten von einem anderen rheinischen Fortschrittsblatt behandelt.

Die »Rheinische Zeitung« verlangte dringend, daß die Preußen sich an der Versammlung in Frankfurt betheiligten. Sie ließ sich, wie folgt, vernehmen:

»Will man die trostlose Verfahrtheit in der deutschen Nationalpartei, welche gerade durch die Schleswig-Holsteinsche Sache herbeigeführt wurde, einfach als Thatsache hinnehmen?«

»Das Abgeordnetenhaus ist in seiner letzten Session mühsam genug nur zu einem rein verneinenden Beschlusse gelangt. In den Streitigkeiten über die Februarforderungen hat es keine Stellung zu nehmen versucht, so oft auch die Mahnung an es herantrat. —

»Man weiß aber auch, daß es nicht der Mangel an Einsicht war, der der Entschiedenheit der Mehrheit Abbruch that, sondern daß sich

vielmehr innerhalb der Mehrheit eine Spaltung kundgab, die von den bedenklichsten Folgen für ihr ferneres Zusammenhalten werden konnte.«

Die Mehrheit müsse sich vor Allem über die Stimmung in Deutschland unterrichten und danach forschen, wie es komme, daß die öffentliche Meinung nichts mehr gelte.

»Eine öffentliche Meinung, die in sich zerfahren ist, daß sie kaum noch den Namen verdient, ist allerdings keiner Beachtung werth.« —

»Die Ohnmacht ist vorhanden, und es hilft nichts, sie künstlich verhehlen zu wollen.«

Der größte Theil der gemäßigt liberalen Presse sprach sich gegen die Betheiligung der preussischen Abgeordneten aus. Die Gründe aber, welche dagegen angeführt wurden, klangen auch nicht gerade schmeichelhaft für das Abgeordnetenhaus.

Ein großes norddeutsches Blatt (die »Weser-Zeitung«) erklärte es für eine unerläßliche Anstandspflicht und für ein Gebot der Klugheit, daß die preussischen Abgeordneten von der Versammlung in Frankfurt, die nur im Augustenburger Interesse berufen werde, fern blieben.

»Die Fehler des Abgeordnetenhauses treten mit immer größerer Deutlichkeit hervor, rächen sich immer schwerer. Die Stellung der Mehrheit wird eine immer haltlosere, sowohl dem Ministerium Bismarck, als dem Volke gegenüber. Eine Zeitung wird nicht müde, die Führerlosigkeit der Mehrheit als die Quelle alles Uebels zu bezeichnen. Die Sache ist richtig, aber das ist ein sehr bößlicher Ausdruck für eine recht häßliche Sache. Der Mangel an Führern hat seinen Grund doch recht eigentlich in dem Mangel an politischen Talenten. Die vollständige Plan- und Kopflosigkeit, welche die Partei in der Schleswig-Holsteinschen Frage an den Tag gelegt hat, hat sie dahin geführt, wo sie steht. Ohne eigenen Willen, ohne eigene Ansichten steht sie da.«

Mehrere preussische Abgeordnete hatten sich über die Gründe, aus welchen sie von dem Abgeordnetentage fern blieben, öffentlich ausgesprochen. Einer derselben (der Abg. Zwesten) äußerte dabei: »er könne es nicht angemessen finden, wenn eine große Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen zusammentrete, um die sich vollendenden Thatsachen mit ohnmächtigen Resolutionen zu begleiten.

Darauf antwortet ein Berliner demokratisches Blatt (die »Reform«):

»Aber was ist denn Anderes seit drei Jahren das Schicksal des preussischen Abgeordnetenhauses gewesen, was ist denn in der nächsten Session voraussichtlich Anderes seine Aufgabe?«

Dasselbe Blatt sagt:

»Schweigen ist das Einzige, über das ein Theil der Führer sich zu einigen vermochte. — Eine tiefe Entmuthigung ist es, die aus diesem Schweigen spricht, die aus dem stolzen, heftigen, übermüthigen Tone jener Schreiben herausklingt. Eine tiefe Entmuthigung — deshalb ist in ihnen auch so viel von Muth die Rede. Wie heftig auch die Bewegungen ihrer Feder sind, sie täuschen uns nicht über die Müdigkeit ihrer Hand.«

Der Abgeordnete Zwesten hatte in seinem Schreiben ferner behauptet: seine Partei habe bei Befürwortung der Ansprüche des Erbprinzen von Augustenburg »eine Unterordnung unter Preußen in militärischer und maritimer Beziehung vorausgesetzt.«

Darauf erwidert die »Reform«:

»Aber diese Voraussetzung ist erst sehr spät hintennach gehinkt. Ein volles Jahr später erst, als auf Düppel und Alsen bereits der Frieden zu Wien gefolgt war, als Preußen seine bekannten Forderungen aufstellte, — da erst ist jene Unterordnung zur Sprache gekommen.«

»Aber selbst jene Voraussetzungen, welchen Werth haben sie denn jetzt noch? Die preussischen Februarforderungen gingen bereits über sie hinaus und heute wiederum, wie weit liegen jene Forderungen hinter dem Ziele zurück, das die Bismarcksche Politik ziemlich unverhüllt sich jetzt aufgestellt hat!«

»Zu all dieser Entwicklung haben die Führer der Fortschrittspartei geschwiegen.«

Nachdem nun der Abgeordnetentag, trotz der Absage fast aller Preußen, dennoch stattgefunden, ist fast die gesammte preussische Presse von der Ohnmacht der dort gefaßten Beschlüsse völlig durchdrungen.

Ein entschieden demokratisches Blatt in Schlesien (die »Breslauer Zeitung«) beginnt einen Aufsatz über den Abgeordnetentag mit den verächtlichen Worten:

»Lohnt's der Mühe, über die Frankfurter Versammlung einen ganzen Artikel aufzuwenden?»

»Die Rederei und Resolutionskasserei, heißt es später, bewegt in ganz Deutschland auch nicht ein dürres Blättchen.«

»Es sind große Worte gefallen, die ohne Folgen bleiben werden und höchstens den Zerfall des Abgeordnetenhauses herbeiführen.«

Die Zeitung meint, das wäre anders gekommen, wenn die preussischen Abgeordneten hingegangen wären. Doch:

»Der Fehler ist nicht wieder gut zu machen. Aber eine Lehre wird wenigstens unser Abgeordnetenhauses aus den Frankfurter Vorgängen ziehen: es muß die bloß verneinende Stellung verlassen und ein festes Programm in der Schleswig-Holsteinschen Frage aufstellen.«

Die »Elberfelder Zeitung«, welche sich, wie erwähnt, sehr entschieden für die Frankfurter Versammlung ausgesprochen hatte, schildert jetzt das Auftreten gewisser Redner in Frankfurt in folgendem Bilde:

»Die Phrasendreschler, welche in der Regel noch nicht wissen, was sie sagen werden, wenn sie dröhnenden Schrittes die geliebte Rednerbühne besteigen, deren ganzes Absicht ist, aus einem urtheillosen Publikum möglichst viele Bravos herauszulocken, und welche an die Gallerie appelliren, so bald sie es einmal mit einer Zuhörerschaft von denkenden Männern zu thun haben.« — — —

Das rheinische Blatt beklagt nach dem Ausgange des Frankfurter Tages aufs Neue, daß die preussische liberale Partei »keine Führer im wahren Sinne des Wortes« habe.

»Nachdem das Abgeordnetenhaus leider gezeigt hat, daß es in der Unfertigkeit seiner herrschenden Partei, was die nationale Tagesfrage betrifft, überhaupt keiner Meinung und keines Willens fähig ist, ist es etwas zu viel verlangt, daß die deutschen Liberalen ihre Führung dem preussischen Abgeordnetenhause überlassen sollen.«

»Wem man vertrauensvoll folgen soll, von dem muß man doch vor Allem wissen, wohin er eigentlich marschirt.«

So weit für heute die Blumenlese aus demokratischen Blättern. Es wäre überflüssig, diesen Selbstbekenntnissen ein Wort hinzuzufügen. Das Urtheil aus den Reihen der Fortschrittspartei selbst ist so vernichtend, daß jeder fremde Zusatz dasselbe nur abschwächen könnte.

Dagegen wird es gut sein, neben den Bekenntnissen über die Schwäche und bloß verneinende Wirksamkeit der Fortschrittspartei noch eine andere Reihe von Geständnissen zu betrachten: die Geständnisse über die bedeutenden tatsächlichen Erfolge der preussischen Politik.

Das Gutachten des Kronsyndikats in der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit.

Se. Majestät der König hat bekanntlich gegen Ende vorigen Jahres von seinen Kronsyndikats ein umfassendes rechtliches Gutachten über alle die Rechtsfragen erfordert, welche in Betreff des Besitzes der Herzogthümer Holstein, Schleswig und Lauenburg in Betracht kommen.

Die Ergebnisse der Berathungen liegen nunmehr in einem sorgfältig ausgearbeiteten Gutachten vor.

Nach der Ueberzeugung des Kronsyndikats ist die rechtliche Stellung von Preußen und Oesterreich in Gemäßheit des Friedensschlusses vom 30. Oktober 1864 von durchgreifender und entscheidender Bedeutung gegenüber allen anderen Fragen.

Das Gutachten kommt zu dem Schlusse:

daß das Thronfolgegesetz für die dänische Monarchie vom 31. Juli 1853, nach welchem die Thronfolge in der Gesamtheit der unter dem Scepter des Königs vereinigten Länder dem damaligen Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, dem jetzigen König Christian IX. von Dänemark übertragen wurde, — die Erbfolge den drei Ländern gegenüber in rechtsgültiger Weise geregelt hat, —

daß ferner durch den Frieden vom 30. Oktober 1864 König Christian IX. die ihm gebührenden Rechte an den drei Herzogthümern auf die Kronen Preußens und Oesterreichs übertragen hat, — und

daß die beiden verbündeten Mächte bei der Verfügung über die Herzogthümer nicht verpflichtet sind, anderweitige Erbansprüche anzuerkennen.

Aus diesen Beschlüssen des Kronsyndikats folgt, daß es auf eine Erörterung der früher bestandenen Erbrechte an und für sich gar nicht mehr ankommt. Dem Befehle Sr. Majestät des Königs entsprechend ist jedoch von dem Kronsyndikat auch hierauf eingegangen worden.

Vorbehaltlich ausführlicherer Mittheilungen über diese Untersuchungen ist einstweilen hervorzuheben, daß das Kronsyndikat in Bezug auf die Augustenburgerischen Ansprüche zu folgenden rechtlichen Ueberzeugungen gelangt ist:

daß der Herzog Christian August von Augustenburg (der Vater) durch den zwischen der dänischen Krone und ihm (»für sich und seine Erben«) geschlossenen Verzichtleistungs-Vertrag vom 30. Dezember 1852 hinsichtlich der Nachfolge in die beiden Herzogthümer hinter König Christian IX. und dessen männliche Nachkommen zurückgetreten ist, —

daß der Erbprinz Friedrich von Augustenburg selbstverständlich das ruhende Erbrecht seines Vaters nicht an dessen Statt ausüben kann, —

daß derselbe endlich auch nach dem Ableben seines Vaters ein bevorzugtes Successionsrecht in die Herzogthümer nicht in Anspruch zu nehmen hat.

Se. Majestät der König ist von dem leichten Unwohlsein, welches ihn in der Mitte der vorigen Woche in Folge einer Erkältung befallen hatte, wieder hergestellt.

Ihre Majestäten verlassen wahrscheinlich am 15. d. Baden und begeben sich zunächst nach Coblenz. Montag (16.) begiebt sich der König zu dem Geheimen Kommerzienrath Krupp in Essen, dem Gründer der berühmten Gußstahlfabrik, in welcher unter Anderem unsere trefflichen gezogenen Geschütze gegossen werden. Se. Majestät übernachtet dort, beschäftigt am andern Morgen die Fabrikeinrichtungen und setzt am Dienstag (17.) die Reise nach Münster fort, welcher sich Ihre Majestät die Königin auf der Station Oberhausen wieder anschließt.

Mittwoch (18.) und Donnerstag (19.) verbleiben beide Majestäten in Münster.

Freitag (20.) gedenkt der König den Herzog von Ratibor auf dessen Schloß in Corvey (in Westfalen) mit einem Besuch zu beehren und noch an demselben Tage mit dem Nachtzuge nach Berlin zurückzukehren, woselbst Se. Majestät vermuthlich Sonnabend (21.) Morgens eintrifft.

Der Minister-Präsident Graf Bismarck, welcher sich mit seiner Familie nach kurzem Aufenthalte in Paris in das Seebad Biarritz begeben hat, ist dort bald nach seiner Ankunft und seitdem mehrfach von dem Kaiser Napoleon empfangen worden. Die ehrenvolle und herzliche Ausnahme, welche ihm zu Theil geworden, und die offene Aussprache des Kaisers über die wichtigsten Interessen der preussischen Politik geben eine neue Bürgschaft für die unveränderte Fortdauer der erfreulichen Beziehungen, welche zwischen den beiden Regierungen seit langer Zeit bestehen und welchen es wesentlich mit zu danken ist, daß die Schleswig-Holsteinsche Frage ihrer Lösung im deutsch-nationalen Sinne eben so wie in Uebereinstimmung mit den Interessen Preußens entgegengeführt werden konnte, ohne eine europäische Verwicklung zu veranlassen. Es ist außer Zweifel, daß der Kaiser seine ebenso besonnene, wie ehrenhafte und uneigennütige Politik, für welche ihm Deutschland und Europa Dank wissen, auch ferner zu bewahren entschlossen ist.

Der preussische Minister-Präsident gedenkt bis Ende dieses Monats in dem französischen Bade zu verweilen.

(Die Besatzungsverhältnisse in Kiel), wo auf Grund der Gasteiner Convention, außer den österreichischen Truppen auch preussische Marinetruppen garnisoniren, sind durch eine besondere Uebereinkunft zwischen der preussischen und österreichischen Regierung geregelt worden. Die Stadt Kiel ist hiernach in zwei Bezirke getheilt und der östliche Quartierbezirk den preussischen Marinetruppen, der westliche den österreichischen Truppen zugewiesen.